

IN KÜRZE

«Anständige Renten»

BERN | In der Schweiz lebt gemäss dem Seniorenrat jede fünfte Person im Rentenalter in Armut oder ist armutsgefährdet. Das seien 350 000 Personen. Es brauche nun «endlich anständige Renten», hiess es am Herbstkongress des Schweizerischen Seniorenrates (SSR) in Biel. In einer an der Tagung vom Dienstag verabschiedeten Resolution fordert der SSR, die AHV/IV-Renten müssten den Existenzbedarf verfassungsmässig wieder besser decken, weil insbesondere die Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien ständig gestiegen seien. So könne auch das zunehmende Abgleiten in die Ergänzungsleistungen gebremst werden. Bei Armut von AHV/IV-Rentnerinnen und -Rentnern seien stabile und günstige Wohnverhältnisse wichtig. Deshalb seien die Wohnbeihilfen der Ergänzungsleistungen regelmässig und marktgerecht anzupassen. Die Pflegefinanzierung müsse schweizweit einheitlich und gesetzeskonform durchgeführt werden. Die Pflegeleistungen der Angehörigen seien ökonomisch abzugelten. Um der Armutsgefährdung im Alter vorzubeugen, seien griffige Massnahmen gegen die Diskriminierung älterer Arbeitnehmender zu ergreifen. **sda**

Unterscheidung bleibt

BERN | Heute werden Gewinne unterschiedlich besteuert, je nachdem, ob sie von einer juristischen oder einer natürlichen Person erzielt wurden. Eine parlamentarische Initiative will das ändern. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) hält eine rechtsformneutrale Besteuerung aber für zu komplex. Das Anliegen sei in der Kommission im Prinzip zwar nicht bestritten, doch sei dessen Umsetzung viel zu komplex, heisst es in einer Mitteilung der Parlamentsdienste vom Dienstag. Die Unterschiede ergäben sich aus dem Föderalismus, den es zu wahren gelte. Mit 12 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen beantragt die WAK, der Initiative von Nationalrat Jürg Grossen (GLP/BE) keine Folge zu geben. Diese wird nun vom Nationalrat behandelt. **sda**

Keine Stempelabgaben mehr?

BERN | Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK) will die Umsatz- und die Versicherungsabgabe abschaffen. Sie hat zwei Gesetzesprojekten zugestimmt, die zu Steuerausfällen von insgesamt fast zwei Milliarden Franken führen würden. Die Diskussion über die Abschaffung der verschiedenen Stempelabgaben läuft seit Jahren. Finanzminister Ueli Maurer hat die Abschaffung aller Abgaben einst als «nicht finanzierbar» bezeichnet. Die WAK bleibt aber dabei. Sie hat auf Basis einer parlamentarischen Initiative zwei Vorlagen erarbeitet, wie die Parlamentsdienste am Dienstag mitteilten. **sda**

Bern | Jungfreisinnige wollen Rentenalter regelmässig erhöhen

Arbeiten bis 67 und länger

Länger arbeiten verlangt die Renteninitiative, die die Jungfreisinnigen am Dienstag lanciert haben. Sie wollen das Rentenalter künftig an die Lebenserwartung koppeln.

Die finanziellen Probleme der Altersvorsorge sind bekannt und kaum bestritten: Trotz des Zustupfs aus der AHV-Steuer vorlage decken die Einnahmen die Ausgaben in einigen Jahren nicht mehr. In der beruflichen Vorsorge werden die Einlagen der aktiven Generation zur Zahlung von Renten verwendet. Die steigende Lebenserwartung ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund für diese Entwicklung.

«Länger arbeiten»

Um das Problem zu lösen, schlagen die Jungfreisinnigen ein höheres Rentenalter vor. «Wenn wir länger leben, müssen wir auch länger arbeiten. Sonst geht es mit den Finanzen nicht auf», erklärte Patrick Eugster, Präsident des Initiativkomitees, vor den Bundeshausmedien.

Gemäss Initiativtext, den die Bundeskanzlei im Bundesblatt publiziert hat, soll in einem ersten Schritt das Frauenrentenalter auf 65 Jahre angehoben werden. Schrittweise soll das Rentenalter von Frauen und Männern dann auf 66 Jahre steigen. Dies dürfte 2032 erreicht sein.

Danach wird das Rentenalter an die Lebenserwartung gekoppelt: Pro Monat zusätzlicher Lebenserwartung soll das Rentenalter um 0,8 Monate steigen. Gestützt auf die Prognosen des Bundes haben die Initiantinnen und Initianten

errechnet, dass 2043 Rentenalter 67 erreicht sein dürfte, 2056 Rentenalter 68.

Das Rentenalter müsste fünf Jahre im Voraus bekannt gegeben werden. Dieser Mechanismus garantiere Planungssicherheit für künftige Rentnerinnen und Rentner und auch, dass jede und jeder mindestens 20 Prozent seines Lebens im Ruhestand verbringen könne, sagte Eugster.

Unpopuläre Einschnitte

In der Summe bedeutet die Koppelung aber auch höhere Beiträge aufgrund der längeren Beitragsdauer bei gleichzeitiger Rentenkürzung aufgrund der gegenüber heute verkürzten Bezugsdauer. Das ist ein Grund dafür, dass sich im Parlament bisher keine Mehrheit dafür gefunden hat. Diskutiert wird über die Koppelung von Lebenserwartung und Rentenalter schon lange. Die BDP hatte 2012 eine Motion mit dieser Forderung eingereicht, war damit aber im Ständerat aufgelaufen.

Der Bundesrat verfolgt eine Politik der kleinen Schritte. Mit der AHV-Reform, die er dem Parlament im August vorgelegt hat, soll vorerst nur das Rentenalter der Frauen an jenes der Männer angeglichen werden. Zudem soll der Altersrücktritt flexibilisiert werden: Nach den Plänen könnte die Rente künftig zwischen 62 und 70 Jahren bezogen werden.

Fit für den Arbeitsmarkt

Neben Bedenken bezüglich der Mehrheitsfähigkeit hat der Bundesrat auch immer wieder auf die beschränkte Kapazität des Arbeitsmarkts hingewiesen. Wenn das Rentenalter



Altersvorsorge. Mitglieder der Jungfreisinnigen Schweiz tragen Nationalrätin Christa Markwalder bei der Lancierung der Renteninitiative. **FOTO KEYSTONE**

steigt, braucht es mehr Jobs. Die Jungfreisinnigen glauben allerdings nicht, dass das ein Problem darstellt.

Mit der Pensionierung der Babyboomer-Generation würden eine Million Stellen frei, sagte Gian Brun, Vizepräsident des Initiativkomitees. «Die Jobs sind vorhanden.» Die ältere Generation könne mit Weiterbildungen und fairen Lohnabzügen fit gemacht werden für den Arbeitsmarkt.

Für körperlich anspruchsvolle Jobs brauche es Branchenlösungen wie heute auf dem Bau. Die meisten Menschen arbeiteten aber im Dienstleis-

tungssektor, sagte Brun. Sie könnten mithelfen, die Altersvorsorge in ein nachhaltiges System zu verwandeln.

Zerstrittene Jungparteien

Die Initiantinnen und Initianten haben bis am 5. Mai 2021 Zeit, die für das Zustandekommen des Volksbegehrens nötigen 100 000 Unterschriften zu sammeln. Sie hoffen dabei auf die Unterstützung der Mutterpartei. Diese ist im Initiativkomitee gut vertreten. Darin sitzen mehrere Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier, darunter die Nationalräte Thierry Burkart (AG) und Chris-

tian Wasserfallen (BE), die Nationalrätinnen Christa Markwalder (BE) und Regine Sauter (ZH) sowie Ständerat Andrea Caroni (AR).

Ob sich auch die übrigen bürgerlichen Jungparteien an der Unterschriftensammlung beteiligen, ist ungewiss. Die Renteninitiative hat bereits zu einem Zerwürfnis geführt. Die Jungparteien von BDP, CVP, EVP, GLP und SVP werfen den Jungfreisinnigen vor, die Initiative trotz vorgängiger Absprache im Alleingang geplant zu haben. Sie haben daher eine aktive Mitwirkung vorerst abgelehnt. **sda**

Bern | Frauen liegen für Ständeratswahlen in der Romandie vorn

Rot-Grün ist gut positioniert

Für die zweiten Wahlgänge in den Ständerat am kommenden Sonntag in den Kantonen Waadt, Genf und Freiburg ist Rot-Grün auf den vorderen Plätzen positioniert. Auch besonders viele Frauen könnten es in die kleine Kammer schaffen.

Im Kanton Waadt sind die Grüne Adèle Thorens und die Sozialdemokratin Ada Marra in der Poleposition. Ihnen den Sitz streitig macht Olivier François, Bisheriger von der FDP.

Français war bereits bei den Wahlen 2015 an dritter Stelle und schaffte es damals, zur Überraschung aller, im zweiten Wahlgang aufzuholen und Luc Recordon zu verdrängen. Allerdings ist die zu schliessende Lücke dieses Jahr grösser. Die beiden Frauen erreichten knapp hintereinander 39,9 Prozent und 39,66 Prozent der Stimmen. Olivier François erhielt 29,23 Prozent Zuspruch.

Um den Vorsprung aufzuholen, müsste François auf eine starke Unterstützung seitens der Bürgerlichen – namentlich der SVP – zählen können. Diese beschloss zwar im Gegensatz zu 2015, den FDPler zu unter-



Wahlerfolg. Grünen-Präsidentin Regula Rytz, links, mit der 31-jährigen Lisa Mazzone, die in Genf vor dem Einzug in den Ständerat steht. **FOTO KEYSTONE**

stützen. Allerdings ist davon auszugehen, dass nicht alle Parteimitglieder dieser Weisung folgen werden. Verkompliziert werden die Wahlprognosen zusätzlich von den Grünliberalen. Sie empfehlen Adèle Thorens und Olivier François zur Wahl. Sollten Marra und Thorens am Sonntag gewinnen, wäre der Kanton Waadt erstmals mit zwei Frauen im Ständerat vertreten. Olivier François würde damit vom politischen Parkett abtreten. Der 64-Jährige teilte

am 20. Oktober mit, dass er die Politik im Falle einer Nichtwahl verlassen werde.

Rot-Grün in Genf kaum anfechtbar

Auch in Genf ist die Linke stark positioniert. Die Grüne Lisa Mazzone sowie Carlo Sommaruga von der SP haben im ersten Wahlgang am meisten Stimmen erhalten. Ihnen folgten mit rund 15 000 Stimmen Unterschied Hugues Hiltbold von der FDP und 17 000 Stim-

men Unterschied Beatrice Hirsch von der CVP.

Die beiden bürgerlichen Kandidaten werden den Abstand aber kaum wettmachen können, da sie keine Unterstützung seitens der SVP erhalten. Diese hat sich entschieden mit einer eigenen Kandidatin, Céline Amaudruz, ins Rennen zu ziehen. Amaudruz besetzte im ersten Wahlgang den fünften Platz.

CVP gegen FDP in Freiburg

Im Kanton Freiburg erhielt Christian Levrat von der SP im ersten Wahlgang mit 36 958 Stimmen am meisten Zustimmung. Seine Wahl gilt so gut wie sicher. Für den zweiten Sitz ist das Rennen noch weitgehend offen. Auf Levrat folgte im ersten Wahlgang mit 23 316 Stimmen Beat Vonlanthen von der CVP und Johanna Gapany von der FDP mit 19 534 Stimmen. Die FDP hat sich ohne Allianz hinter ihre eigene Kandidatin gestellt mit dem Risiko die CVP, ihre traditionelle Verbündete, zu verärgern. Falls die 31 Jahre junge Johanna Gapany gewählt würde, wäre sie die erste Frau für den Kanton Freiburg im Ständerat. **sda**

KURZMELDUNG

Levrat-Abgang gefordert

BERN | Die Zürcher SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat in einem Zeitungsbeitrag offen den Abgang von SP-Chef Christian Levrat an der Spitze der Partei gefordert. «Wir brauchen einen Wechsel an der Spitze», schrieb Fehr in einem Gastbeitrag für die «Linke Zürcher Zeitung». Das Gesicht der SP Schweiz müsse in den kommenden Jahren weiblich und jung sein, schrieb Fehr in der Wochenzeitung weiter. Gegenüber der «Neuen Zürcher Zeitung» vom Dienstag präzisierte Fehr, Levrats Amtsdauer als Parteipräsident laufe im Frühling aus, womit sich die Frage stelle, ob der 49-Jährige nochmals gewählt werden solle. «Ich finde: nein», wird Fehr zitiert. Als mögliche Kandidatinnen für Levrats Nachfolge nennt Fehr der Zeitung zufolge etwa die Nationalrätin Mattea Meyer (ZH), Nadine Masshardt (BE), Flavia Wasserfallen (BE), Samira Marti (BL) und Barbara Gysi (SG). Gemäss Medienberichten soll Levrat intern seinen Rückzug bereits angekündigt haben. Dieser äusserte sich bisher öffentlich jedoch nicht dazu. Levrat kandidiert im Kanton Freiburg erneut für den Ständerat. **sda**